

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1861**

30.7.1861 (No. 177)

# Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 30. Juli.

N. 177.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.  
Einkaufsgebühr: die gepaltene Zeitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1861.

Alle Postexpeditionen nehmen Bestellungen an auf die Monate August und September der Karlsruher Zeitung.

## Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 29. Juli.  
Ordensverleihungen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 13. d. M.

gnädigst bewogen gefunden:

dem Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenraths, Staatsrath Nüßlin, das Kommandeurekreuz zweiter Klasse, und dem Prälaten Dr. Holmann das Ritterkreuz mit Eichenlaub des Ordens vom Jahlinger Löwen zu verleihen.

Karlsruhe, 29. Juli. Laut Allerhöchster Ordre d. d. Schloss Baden, 25. d. M., wird die Mannschaft der Infanterieregimenter und Füsilierbataillone, für die Feldausrüstung, zum dritten Theil mit einem Handbeil ausgerüstet, welches an der Stelle des Taschenmessers am Leibgürtel zu tragen ist.

## Nicht-Amtlicher Theil.

Karlsruhe, 29. Juli. Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 34 enthält (außer Personalnachrichten):

I. Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. 1) Bekanntmachung des großh. Justizministeriums: Die Namensänderung des Joseph Wältners von Schönau betreffend. 2) Bekanntmachungen des großh. Ministeriums des Innern: a) Die Wahlen zur Ersten Kammer der Ständeversammlung für 1861/62 betreffend. b) Die Bormahme einer Erbschaft für den aus der Ersten Kammer der Ständeversammlung freiwillig ausgetretenen Abgeordneten Herrn v. Falkenstein betreffend. Mit der Leitung als landesherrl. Wahlkommissar wird der großh. Geh. Rath und Regierungsdirektor Dr. Schaaff in Freiburg beauftragt. c) Die Bormahme einer Erbschaft für den aus der Zweiten Kammer der Ständeversammlung freiwillig ausgetretenen Abgeordneten (für den 32. Krems-Wahlbezirk — Krems-Neckargemünd und Wiesloch) Junghanns betreffend. Mit ihrer Leitung als landesherrl. Kommissar wird der großh. Oberhofgerichts-Beisitzer Haas in Mannheim beauftragt.

II. Diensterledigung. Die erledigte erste Lehr- und Vorhandelsstelle am Gymnasium und der höhern Bürgerschule in Lahr mit einer jährlichen Besoldung von 1600 fl. bis 1800 fl. soll durch einen wissenschaftlich gebildeten Lehrer evangelischer Konfession wieder besetzt werden.

III. Todesfall. Gestorben ist: Am 4. Juli d. J. der Hauptzollamts-Kontroleur Sugg bei Rheinfelden.

Karlsruhe, 29. Juli. Aus Lichtenhal geht die Trauerkunde ein, daß gestern Vormittag der Präsident der Dberrechnungskammer a. D. Staatsrath Treutler seinem langen und andauernden Leiden erlegen ist. Mit lebhafter Theilnahme wird man im ganzen Lande das Hinscheiden eines Mannes vernehmen, der, zu den ersten Notabilitäten unseres parlamentarischen und Staatslebens zählend, sich nach verschiedenen Richtungen hin um dasselbe namhafte Verdienste erworben hat, und der — was selbst zur Zeit higerer politischer Parteidämpfe von allen Seiten anerkannt wurde — stets sich selbst gleichgeblieben ist: charakterfest, gerade, einfach und anspruchslos. Wir hoffen bald Näheres über seinen Lebensgang mittheilen zu können.

Baden, 28. Juli. Wie Ihnen unlängst berichtet wurde, ist die früher freiherrlich v. Knebel'sche Grundherrschafft Neuwier vor kurzem in den Besitz der H. Dreifuß Söhne zu Basel übergegangen. Es war vorauszu sehen, daß die neuen Besitzer nicht die Absicht hatten, das große Gut auf die Dauer zu behalten, sondern dasselbe — ihren Interessen entsprechend — parzellenweise wieder zu veräußern. So ist schon in den letzten Tagen wohl der schönste Theil desselben — wir möchten sagen die Perle der Grundherrschafft — nämlich das eigentliche Schloßgut Neuwier, von Hrn. Gutsbesitzer König daselbst käuflich erworben worden. Diese Acquisition begreift außer dem Schloße und seinen Nebengebäuden eine nicht unbedeutliche Zahl von Acker- und Wiesenfeldern in sich. Gutem Vernehmen zufolge gehören etwa 20 Morgen oder 228 Stachhausen Acker im sog. Mauerberg und in den Halden, welche den köstlichen Mauerwein produzieren, sodann 28 Stachhausen Acker in der Richtung gegen Affenthal, wo ein vorzüglicher Rothwein wächst, ferner 20 Morgen Acker und etwa 13 Morgen Wiesenfeld zu der neuen Besitzung des Hrn. König. Das Schloß selbst dürfte recht bald, angemessener Weise restaurirt, vermöge seiner reizenden Lage von vornehmen Familien zu einem Lieblingsaufenthalte

während der schönen Jahreszeit gewählt werden, und zweifeln wir nicht daran, daß der neue Besitzer bei den umfassenden Räumlichkeiten des Schloßes die geeignete Einrichtung hiezu treffen wird. Auch die übrigen Gutsbestandtheile werden in nicht ferner Zeit andere Besitzer erhalten. So hören wir, daß der Burggraf (bei Sinsheim) zum Preise von 36,000 fl. verkauft worden, und auf den bei Bahlthal gelegenen Sickenwald bereits ein Angebot von 41,000 fl. geschehen sei. Hinsichtlich des diesjährigen Herbstes vernimmt man aus den benachbarten Weinorten, daß die Reben ein ganz gutes, aber quantitativ nur geringes Erträgniß versprechen.

Offenburg, 25. Juli. Heute hat sich die größere Anzahl der Lehrer des Oberamts Offenburg hier versammelt, um die von den Lehrern Mannheims aufgestellten Grundzüge der Neugestaltung des Volksschulwesens im Großherzogthum Baden zu besprechen. Nach längerer Beratung ist man zu folgendem Resultate gekommen:

1) Den Einzelvorschlägen nach dem Programm der Lehrer in Mannheim wird nicht beigestimmt.  
2) Dagegen wurde allgemein anerkannt, daß die Schulverordnung vom 15. Mai 1834 eine Revision nöthig habe, wenn die Volksschule den zeitgemäßen Anforderungen entsprechen soll. Die versammelten Lehrer hegen das volle Vertrauen zu ihrer hohen, weisen Regierung, daß sie die erwähnte Verordnung, welche schon 25 Jahre besteht, einer, dem Zeitgeiste angemessenen Revision unterstellen wird.  
3) Bezüglich des Gesetzes vom 28. Aug. 1835, die Rechts- und insbesondere die pefunziären Verhältnisse, anerkennen die versammelten Lehrer mit Dank, daß hierin schon Vieles geschehen ist, und sind der sichern Erwartung, daß, wenn es einmal thutlich ist, noch Mehreres geschehen wird.

Freiburg, 28. Juli. Die philosophische Fakultät der hiesigen Universität hat die H. Hofrath Redenbacher und Geh. Hofrath Godel in Karlsruhe durch das Ehren Diplom der philosophischen Doktorwürde ausgezeichnet. — Der Fremdenverkehr ist seit kurzem sehr lebhaft geworden. Besonders bringen die drei nach der Schweiz führenden Eilzüge, die im Laufe des Nachmittags und Abends hier ankommen, nicht nur Passanten, sondern Viele, die es der Mühe werth halten, sich ein wenig hier umzusehen. Die fortgesetzten Bemühungen der Gemeindegewerke, Stadtbezirk und städtische Anlagen zweckdienlich und schön zu erweitern, wirken offenbar auch auf die einzelnen Hauseigentümer zurück. Trotz der ziemlich theuern Bauverhältnisse zeigt sich eine solche Lust zu Verschönerungen, daß auf unserer Kaiserstraße bald nur noch Magazine in elegantem Style zu sehen sind. Zu gleicher Zeit erweitern sich die hiesigen Handels- und Verkehrsverhältnisse so sehr, daß schon auch die meisten Häuser der beschickteren Nebenstraßen in ihren Erdgeschossen Magazine haben.

Vom Schwarzwald, 28. Juli. Unsere Industriellen haben allmählich ein, um ihre Fabrikate zur allgemeinen Landes-Industrieausstellung nach Karlsruhe abzusenden. Voraussetzlich werden aber die wenigsten Ausstellungsgegenstände des Schwarzwaldes bis zum 1. Aug. eintreffen können, wie es die Ausstellungscommission wünscht, da diesen ganzen Sommer über in unsern Werkstätten eine rege Thätigkeit herrscht, indem sehr viele Bestellungen zu effektuiren waren. Uebrigens glauben wir, daß bis zum 15. Aug., wo die allgemeine Landes-Industrieausstellung beginnen wird, so ziemlich alle Schwarzwälder Ausstellungsgegenstände in Karlsruhe eingetroffen sein werden. Daß der Schwarzwald zahlreich und würdig vertreten sein wird, ist wohl eine selbstverständliche Sache; denn es ist Aufgabe unserer Industrie, welche täglich erfreuliche Fortschritte macht, daß sie immer bekannter werde, und der Schwarzwälder hat die Erfahrung für sich, daß er diesen Zweck durch Beschickung der Industrieausstellungen im Inland, sowie im Ausland ganz sicher erreicht. Von den einzelnen Ausstellungsgegenständen jest schon besondere Notiz zu nehmen, halten wir nicht für angemessen; doch möge man uns erlauben, einiger wenigen, besonders hervorragenden Industriezweige hier vorläufig zu erwähnen. Die Metallschweberei von Schloffer und Brauer in Billingen hat heute ihre für die allgemeine Landes-Industrieausstellung bestimmten Gegenstände ausgestellt und allgemeinen Beifall geerntet. Die mechanische Werkstätte von J. G. Weiser u. Söhne in St. Georgen hat ihre Ausstellungsgegenstände schon abgeschickt und durch ihre schönen und kräftigen Arbeiten bewiesen, daß ein räumlicher Fleiß dort herrsche und das Streben nach Vervollkommnung ihr in hohem Grade innewohne. Besonders hervorzuheben ist das durch seinen unermüdblichen Fleiß und durch das mit vielen Opfern erkaufte rasche Vorschreiten auf der Bahn der Wissenschaft und der Technik berühmte Etablissement der Emailleure Gebrüder Schultze in St. Georgen, welches durch seine vortrefflichen Emailarbeiten schon weit und breit die allgemeinste Aufmerksamkeit erregt und gefunden hat. Endlich wollen wir noch der Musikwerke erwähnen, welche auf dem badischen Schwarzwald gefertigt werden und mehr ein Gegenstand der Kunst als der Industrie sind. In diesem Fache besitzt unser Schwarzwald einige vorreffliche Meister, und wenn wir gut unterrichtet sind, so werden neben den kleinern, gar anmuthigen Flötenwerken auch ein oder zwei große Orchestrien, im Falle

die knapp zugemessene Zeit ihre Vollendung ermöglicht, die ganze Aufmerksamkeit der Besucher der allgemeinen Landes-Industrieausstellung in hohem Grad in Anspruch nehmen.

München, 27. Juli, 7 Uhr Abends. (A. 3.) So eben wurde nach heftigem Kampfe die Rektorewahl an der hiesigen Universität beendet. Gewählt wurde aus der philosophischen Fakultät zum Rektor Dr. Becker mit 34 unter 65 Stimmen; zu Senatoren: die Professoren Permaneder, Pözl, Schafhäutl, Pettenkofer, Jolly. Dr. v. Streber erhielt 30 Stimmen.

München, 27. Juli. (N. Korr.) Nach fünfjähriger Beratung hat die Kammer der Abgeordneten in ihrer heutigen 43. Sitzung das Arrondirungsgesetz mit 110 gegen 12 Stimmen angenommen.

Würzburg, 27. Juli. (W. Anz.) Geh. Rath Scanzoni soll dem akademischen Senat die Niederlegung seiner Professur notifizirt haben.

Frankfurt, 27. Juli. (Offizielle Mittheilung über die Bundestags-Sitzung vom 25. d. M.) Verschiedene Regierungen ließen Erklärungen abgeben, welche sich einestheils auf die rücksichtlich ihrer Bundeskontingente gemachten Erinnerungen bezogen, andertheils die Annahme der von der Nürnberger Handelsgesetzgebungs-Kommission zu der allgemeinen deutschen Wechselordnung vorgeschlagenen Änderungen ankündigten, auch die nachträgliche ausdrückliche Zustimmung zu bereits gefaßten anderweitigen Beschlüssen kundgaben.

Nachdem der Ausschuss in Militärangelegenheiten mehrere Vorträge erstattet hatte und dessen Anträge sofort genehmigt und zu Beschlüssen erhoben worden waren, hielt der Ausschuss in handelspolitischen Angelegenheiten Vortrag in Betreff eines Gesetzesentwurfs wegen in bürgerlichen Rechtsverhältnissen gegenseitig zu gewählender Rechtsbeihilfe. Neben den Austrägen zur Ausarbeitung eines allgemeinen Handelsgesetzbuches und zur Entwerfung von Vorschlägen behufs Verrückung der noch bezüglich der Wechselordnung bestehenden Verschiedenheiten war nämlich die in Nürnberg versammelt gewesene Konferenz in Folge einer Anregung der k. bayrischen Regierung, deren Antrag der handelspolitische Ausschuss sich aneignete und welchem demnach die überwiegende Mehrheit der hohen Regierungen beistimmte, durch Beschluß vom 12. März 1857 auch mit der Ausarbeitung von Vorschlägen für eine allgemeine Gesetzgebung über den Gerichtsstand und über die gegenseitige Vollziehung rechtskräftiger Urtheile beauftragt worden. Sie hat diesem Auftrage durch Ueberreichung eines Gesetzesentwurfs entsprochen, in welchem die angeführte Vereinbarung auf die eigentlich zivilrechtlichen Erkenntnisse beschränkt wird, dagegen nicht bloß „rechtskräftige Urtheile“, sondern auch eine Reihe anderer in Absicht auf ihre Vollstreckbarkeit den Erkenntnissen gleichstehende gerichtliche Akte zum Gegenstande wechselseitiger Rechtsbeihilfe gemacht werden, auch das Verhältnis der Staaten zu einander in Absicht auf die gegenseitige Anerkennung der Gerichtsstände, insoweit solche als Vorfrage für die Beurtheilung der Vollstreckbarkeit der Erkenntnisse in Betracht kommt, geregelt wird. — Indem der Ausschuss diesen Entwurf auch seinerseits als den Ausgangspunkt der ihm zufolge früherer Beschlüsse nach Maßgabe des Art. 64 der Wiener Schlussakte aufgelegten Vermittlung zur Herbeiführung einer möglichst allseitigen Verständigung annimmt, die Prüfung der Einzelheiten des Entwurfs aber den hohen Regierungen anheimstellt, welchen hiezu das umfassendste Material in dem ershöpften Gutachten der Kommission und in den Sitzungsprotokollen der Konferenz zu Gebote steht, stellt er nachstehenden Antrag:

1) Daß die höchsten und hohen Regierungen ersucht werden mögen, sich darüber auszusprechen, ob und in welchem Umfange sie geneigt sind, dem anliegenden Entwurfe ihre Zustimmung zu erteilen, und daß  
2) die Bundesversammlung den sämtlichen Mitgliedern der zur Ausarbeitung jenes Entwurfs in Nürnberg versammelt gewesenen Konferenz und der von ihr niedergelegten Kommission, insbesondere dem Präsidenten und den Berichterstattern für die aufsehernde Thätigkeit, sowie für die Sachkenntniß und Gründlichkeit, womit sie dem Auftrage vom 12. März 1857 entsprochen haben, ihre volle und dankbare Anerkennung zu erkennen gebe.

Die Beschlußfassung über diesen Antrag, der übrigens erst die materielle Vereinbarung einleiten soll, ward auf eine der nächsten Sitzungen anberaumt.

Der Ausschuss für das Kassens- und Finanzwesen des Bundes erstattete Bericht über die Revision der Rechnungen der Bundeskassenschatzkasse und der Bundesmatrikularkasse aus dem Rechnungsjahr 1860. Nachdem diese von der Bundeskassenverwaltung vorgelegten beiden Rechnungen, welche sämtliche Einnahmen und Ausgaben des Bundes in dem verflossenen Jahre umfassen, nebst den dazu gehörigen Belegen zunächst durch den Revisor und sodann durch den Ausschuss einer sorgfältigen Prüfung unterzogen worden, beantragt letzterer, dieselben als richtig anzuerkennen, und wird hierüber, sobald die einzelnen Gesandtschaften von der ihnen freigestellten speziellen Einsicht der Rechnungen Gebrauch gemacht haben, demnachst Beschluß gefaßt werden.

Ein von der Zentraldirektion der Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde erstatteter Rechenschaftsbericht über den Fortgang ihrer Arbeiten gab der Reklamationskommission An-

henschaftsbericht zur Kenntnis der Bundesregierungen zu  
Bundessbibliothek anzuordnen und der Zentraldir-  
Gesellschaft die wohlverdiente Anerkennung zu  
Fortgangs des Unternehmens zu  
Bei der sodann vorzunehmenden Abstimmung über den in  
von der Majorität des betreffen-  
meiner, für ganz Deutschland gültiger Normen bezüglich der  
Heimatsverhältnisse genehmigte die Mehrheit der Bundesver-  
sammlung diesen Antrag und ward hienach beschlossen:

Die höchsten und hohen Regierungen zu ersuchen, Kommissäre an den  
Sitz der Bundesversammlung zu dem Zwecke abzusenden zu wollen, um die  
Bestimmungen des Gothaer Vertrags vom 15. Juli 1851 wegen gegen-  
seitiger Uebnahme der Ausgewiesenen und Heimatlosen und die denselben  
erläuternden und ergänzenden, vorzugsweise in den Schlussprotokollen  
der Konferenzen vom 15. Juli 1851, 25. Juli 1851 und 29. Juli  
1851 enthaltenen Bestimmungen, unter Berücksichtigung der von der  
kaiserl. österreichischen Regierung in der 28. Bundestags-Sitzung vom 15.  
Nov. v. J. vorgeschlagenen Modalitäten und der etwa von anderer Seite  
zu stellenden Anträge, in ein geordnetes Ganzes zusammenzufassen und  
das Ergebnis der Bundesversammlung zur definitiven Schlussfassung  
vorzulegen.

Falls die höchsten und hohen Regierungen sich zu dieser Absendung be-  
reit erklären, soll, auf den Vorschlag des Ausschusses, über den Zeitpunkt  
für Eröffnung dieser Konferenz und das sonst zum Vollzuge dieses Be-  
schlusses Erforderliche weitere Bestimmung erfolgen.

Anderer Beschlüsse bezogen sich auf Festungsangelegenheiten.

**Wiesbaden, 27. Juli.** In der heute unter dem Vorsitze  
des Prinzen Nicolas in der Ständeversammlung statt-  
gefundenen Sitzung wurde der früher gestellte Antrag des heute  
abwesenden Abg. Dr. Braun, dahin gehend: „Der Regierung  
gegenüber die Erwartung und das Vertrauen auszusprechen,  
dieselbe werde baldmöglichst den Ständen einen Gesetzentwurf  
vorlegen, welcher die verfassungsmäßige Pressefrei-  
heit wiederherstellt, die Befugnisse der Verwaltungsbehörde,  
durch Bestätigung des Redaktions, Berwahrungen und Kon-  
zessionsentziehung auf die Presse einzuwirken, abschafft, und  
das Einschreiten wegen Mißbrauchs der Pressefreiheit lediglich  
den Gerichten anheimstellt; und sie werde, bis ein solches Ge-  
setz zu Stand gekommen, von jeder Befugnis der Verwal-  
tungsbehörden keinen Gebrauch machen“ — durch große Ma-  
jorität am Beschluß erhoben.

**Kassel, 24. Juli. (Sch. M.)** In der Verfassungs-  
sache verläutet nichts, was nur irgend Anspruch auf Zuver-  
lässigkeit hätte; man lebt wieder in vollster Sorglosigkeit von  
einem Tage zum andern.

**Kassel, 26. Juli. (Fr. Z.)** Die Begründetheit des in  
einzelnen Blättern aufgetauchten Gerüchtes, daß angeordnete  
und dem öffentlichen Leben nicht fernstehende Persönlichkeiten  
zum Aufgeben des Wahlgesetzes von 1849 bereit seien  
und das Verfassungsrecht des Landes mit der Verfassung von  
1831 und dem Wahlgesetz von 1831 hergestellt betrachten  
wollten, ist nicht angefochten worden. Wohl aber hat sich die  
öffentliche Stimme mit solcher Entschiedenheit gegen das Auf-  
geben des Wahlrechts ausgesprochen, daß selbst den einfluß-  
reichsten Persönlichkeiten die Verwirklichung eines solchen Pla-  
nes nicht gelingen konnte.

**Koblenz, 27. Juli.** Der Bau der rechtsrheinischen  
(Rheinischer) Eisenbahn wird gegenwärtig mit  
Aufbietung aller Kräfte gefördert, und man hofft, daß sie  
noch in diesem Jahre in ihrer ganzen Länge dem Verkehr  
übergeben werden können. In Betreff der Lahnbahn  
erfährt man, daß die Strecke vom Rhein bis Ems einen aber-  
maligen Umbau nötig macht, daß sie theilweise selbst eine  
ganz veränderte Richtung erhalten wird, indem die vielen  
Krümmungen derart die Schienen abgenutzt haben, daß die-  
selben in weniger als 5 Jahren unbrauchbar geworden sind.  
Um nicht nach 5 Jahren dieselbe Erfahrung noch einmal zu  
machen, ist die Verlegung ganzer Strecken erforderlich, so daß  
die Bahn statt wie jetzt ganz auf dem linken Ufer zu liegen,  
auf beiden Ufern angelegt werden soll, was den Bau  
zweiter Brücken notwendig macht und große Summen kosten  
wird. Vor 2 Jahren erst nahm man mit dieser Bahn eine  
Veränderung vor, um die schädlichsten und gefährlichsten  
Krümmungen zu vermeiden, welche vielfache Unfälle herbei-  
führten.

Die Sammlungen für die deutsche Flotte haben auch  
in unserer Provinz begonnen und werden ohne Zweifel bald  
allgemein werden. In Westphalen zeigt man schon mehr  
Erfahrung. In Dortmund ist beschlossen worden, daß die Pro-  
vinz so viel aufbringe, als zum Bau eines Linienschiffes er-  
forderlich ist, welches „Wilhelm I.“ genannt werden soll.

**Köln, 28. Juli.** Von verschiedenen, dem National-  
verein näher stehenden Blättern sind der preussischen Presse,  
und insonderheit der „Köln. Ztg.“, zu wiederholten Malen  
Vorhalte wegen ihrer Haltung in der deutschen Frage ge-  
macht worden. Die „Köln. Ztg.“ bringt heute einen ersten  
Artikel zur Erinnerung darauf, der in folgender, für die Auf-  
fassung des genannten Blattes bezeichnender Weise schließt:

Die Behauptung, daß Preußen als die Heimath des „schroffen Parti-  
kularismus“ erscheine, weil die preussische Presse sich nicht unumwunden  
genug für die „Unterordnung“ des preussischen Staats unter die deutsche  
Zentralgewalt und Volkvertretung ausgespreche, beruht auf einer völligen  
Verkenntnis des wahren Verhältnisses. Wenn wir Euch sagen sollen, ob  
wir uns der deutschen Zentralgewalt und Volkvertretung unterordnen  
wollen, so sagt Ihr uns gefälligst vorher etwas genauer, wie jene  
deutsche Zentralgewalt und Volkvertretung, von denen Ihr redet, be-  
schaffen sein werden. Wenn sie konstitutirt sein sollen nach dem Plane  
3. B. jenes schwäbischen Korrespondenten in Nr. 5 der Wochenchrift, des  
Nationalvereins, der ein Wahllocherhaupt verlangt, oder des Abg. Braun  
in Dresden, welcher ein Direktorium fordert, — dann können wir unsrer

lularismus“, sondern gerad-  
schen, daß die deutsch-  
Nationen m-  
Nation für ihren Beruf und ihre Ehre unter den  
möglichst bald über eine Macht zu verfügen habe, die erheblich  
sei als die Macht des gegenwärtigen Preußens; aber wir wollen  
bis dahin, daß man uns auf die Erlangung einer solchen Macht eine  
sichere und bestimmte Aussicht zeigt, wenigstens treu und gewissenhaft  
des Besten hüten, den wir schon haben. Deutschland darf, mit der  
Weisheit des deutschen Volkemundes zu reden, den Sperling, den es  
sicher hat, nicht aus der Hand lassen, weil irgendwo auf dem Dach eine  
Taube zu hassen sein soll. Deutschland darf sein Preußen nicht an toll-  
kühne Experimente wagen, dasselbe nicht zur Verjüngung in den Heren-  
kessel der Webea stürzen wollen.

Den in Süddeutschland so beliebten Streit: ob wir, Preußen deutsch  
oder Deutschland preussisch“ machen möchten, halten wir für einen kind-  
ischen Wortstreit, der uns nur ein trauriges Zeichen der politischen Un-  
reife derer ist, die sich noch so leicht um Schein und Schatten bis zur  
Leidenschaft erhitzen lassen. Dagegen betrachten wir es natürlich als eine  
Sache, die sich ganz von selbst versteht, daß die Vertreter eines künftigen  
deutschen Reichsheeres, oder einer deutschen Reichsdiplomatie, oder einer  
deutschen Reichszollverwaltung u. s. w. nicht ausschließlich von preußi-  
schen Reichsbürgern, daß vielmehr diese Vertreter mit allen ihren Ehren  
und Emolumenten jedem Deutschen ohne Unterschied seines engeren Hei-  
matlandes gleichmäßig zugänglich sein sollen, wie auch, daß eine  
Reichsgesetzgebung nur von einer gemeinsamen Reichsvertretung aus-  
gehen darf. Dieses Alles verlangen wir um so gewisser, weil unser  
Motiv durchaus nicht bloß in unserem Gerechtigkeitsgefühl wurzelt, son-  
dern eben so sehr in unserm politischen Verstande. Durch die An-  
schaffung von gleichsam deutschen Unterthanenländern würde Preußens  
Staatsmacht eher geschwächt als gestärkt werden: Das zu begreifen sind  
wir Preußen denn doch reif genug! Aber — wir sind auch reif genug,  
nicht jede Reichsverfassung und jedes Nationalparlament als lebens-  
fähig, jede mit der Krone Preußen zu verbindende Reichsoberhaupt-  
schaft als einen Wachsthumswach für Preußen und Deutschland zu betrach-  
ten. Das ist der Ort, wo der Hase im Pfeffer liegt!

**Berlin, 27. Juli.** Die gestrige „Allg. Preuß. Ztg.“  
tritt mit Recht den Bedenken entgegen, welche die „Wes.-Ztg.“  
darüber erhoben, daß Bremen als Beitrag zum Schutz der  
Nordseehäute 10 Kanonen-Dampfschiffe stellen und un-  
terhalten könne. Wenn jene Bedenken in dem Sinne der  
„Wes.-Ztg.“ kulminiren: „Wer vorurtheilsfrei die Thatsachen  
prüft, kann nicht wohl umhin, einzuräumen, daß die An-  
schaffung und Unterhaltung einer Flottille von je 10 bewaff-  
neten Dampfschiffen für Hamburg und Bremen eine weit  
größere Kalamität sein würde, als alle Verluste, welche für  
sie aus einem von Zeit zu Zeit eintretenden Seefriede wahr-  
scheinlich Weise entstehen könnten.“ — so ist es richtig, die-  
ser Krämmeranschauung mit der Frage entgegenzutreten: „Ge-  
setzt, der Kaiser stimmte nach Thaler und Groschen, ist un-  
serer ehrenwerthen Kollegin denn die Ehre nichts als ein  
gemalter Schild beim Leihzuge?“ — Nein, der Hinweis  
auf „den alten Kriegsrühm der Hanse“ sei nicht bloß ein ro-  
mantisches Argument, sondern er erinnere an jene gesunde  
Politik der alten Hansestädte, die den Grundsatze befolgte:  
„Hilf dir selbst, so hilfst du Gott, und die es für angemessener  
gehalten, dauernde Lasten zu ihrem Schutze zu tragen, als  
von der Gnade Anderer zu leben und sich „von Zeit zu Zeit“  
ruiniren zu lassen.“ Nachdem die „Allg. Preuß. Ztg.“ die  
Kostenüberschläge, welche die „Wes.-Ztg.“ für die erste An-  
schaffung und die Unterhaltung der Fahrzeuge gegeben, einer  
berichtigenden Erwägung unterworfen, lobt sie schließlich den  
„rührigen Flottenjäger“, der jenen schwächlichen Erwägungen  
und Bedenken gegenüber in den deutschen Binnenstaaten sich  
jetzt rege, und spricht die gewiß begründete Ueberzeugung aus,  
daß Bremen durch die Bedenken der „Wes.-Ztg.“ sich nicht  
irre machen lassen und seine Seehere nicht an die deutschen  
Brüder im Binnenlande abtreiben werde.

Die „Corresp. Stern“ schreibt: Unser Petersburger Korre-  
spondent stellt eine weitere Annäherung zwischen Rußland  
und Desterreich entschieden in Abrede, erinnert uns aber  
an das geistreiche Wort eines Diplomaten: „il ne faut ja-  
mais faire de politique de sentiment ni de ressentiment.“  
Rußland werde sich nicht aus reinem Gefühl zum Genarmen  
Desterreichs machen; von einer heiligen Allianz könne also  
keine Rede sein. Wenn es aber Rußlands Interessen so er-  
heißigen sollten, würde es allen Groll vergessen und um dieser  
eigenen Interessen willen Hand in Hand mit Desterreich gehen,  
immer nur bezüglich der polnischen wie der ungarischen Ange-  
legenheit. So könnte man sich leicht den Fall denken, daß  
Rußland, wenn in Ungarn eine Revolution ausbräche, Dester-  
reich in Folge derselben aber anderweitig beschäftigt wäre, zu-  
erst die ungarischen Grenzen gegen jeden Zugang absperrte,  
eventuell Desterreich materiellen Beistand leistete, nicht um  
Desterreichs, sondern um seiner eigenen Sicherheit willen;  
das weiß man in Wien, und man weiß auch, daß die drei  
Mächte den Polen gegenüber eine gleich energische Haltung  
bewahren werden.

Ueber den Fortgang der Unterhandlungen wegen eines  
Handelsvertrages zwischen dem Zollverein und Frank-  
reich erfährt die hiesige „Börf.-Ztg.“, daß dieselben in Be-  
zug auf einige schwierigerer Gegenstände, namentlich in Betreff  
der Weine, fast als gänzlich erledigt anzusehen sein dürften.  
Dagegen dürfte der Abschluß der Verhandlungen überhaupt  
mindestens noch einige Zeit verzögert werden. Die erorb-  
stanten Forderungen Frankreichs in den Zollfragen für Gewebe  
in allen Spinnmaterialien bilden den Hauptanstoß dafür.

**Wien, 25. Juli.** Der Zimmergenosse Rodet aus Luboda  
(der mutmaßliche Mörder des Professors Bachter) ist gestern  
bei Schirmeritz durch einen Landmann im Felde verhaftet wor-  
den und wird mittelst Schutts heute hier durchkommen, um ins  
Kreisgericht nach Weimar abgeliefert zu werden.

**Wien, 26. Juli.** Der Verlauf der telegraphisch be-  
reits angezeigten tumultuösen Szene in der heutigen Unter-  
hausung wird von der „Dsd. Post“ also erzählt:

Die Generaldebatte (über die Lebensablösung) hatte durch zehn Tage  
sich hingezogen, und es wurde die bei weitem größere Hälfte dieser De-  
batten von den böhmischen Abgeordneten in Anspruch genommen, die

weniger mit den Spezialitäten des Gesetzes, desto mehr aber mit einer  
allgemeinen Polemik gegen die Kompetenz des Reichsrathes, mit histori-  
schen Darstellungen aus der böhmischen Geschichte über die Sonderrechte  
der böhmischen Krone u. s. w. sich beschäftigten. „Unter den 27 Rednern  
(rühmte gestern der tschechische Wortführer Dr. Brazaf) waren vierzehn aus  
Böhmen, fünf aus Mähren, drei aus Niederösterreich, zwei aus Schle-  
sien, einer aus Galizien, einer aus Steiermark, und der Minister Kaiser.“  
Man kann also aus dieser Statistik zur Genüge ersehen, daß das Wort  
den böhmischen Abgeordneten mehr als reichlich gegönnt war, und zwar  
nicht bloß der Zahl der Redner nach, sondern auch der Zeit nach, da die  
Rede des Abg. Rieger (der von allem Andern, nur nicht vom Lebensge-  
setze sprach) die längste von allen war — die der Berichterstatter ausge-  
nommen. Das Haus hatte Geduld, alle die Arabesken und romantischen  
Exkursionen anzuhören, die von jener Seite zum Theil mit böhmischen  
Ausfällen, die das Gefühl der deutschen Abgeordneten tief verletzten, ver-  
gebracht wurden.

Um so mehr athmete man auf, als endlich gestern die Generaldebatte  
abgeschlossen und hiermit diesen nicht zur Sache gehörigen Exkursionen  
von beiden Seiten der Riegel vorgeschoben wurde. Auf dem Gewissen  
der ersten Männer des Zentrums und der Linken liegt es wie ein Alp,  
daß die großen Arbeiten, die der Reichsrath zu erledigen hat, nicht vor-  
wärts kommen, und man war daher froh, heute endlich an die praktischen  
Bestimmungen des vorliegenden Gesetzes zu kommen und zur Sache spre-  
chen zu können. Um so peinlicher war die Ueberraschung, als heute bei  
der Diskussion über den ersten Paragraphen Dr. Brauner, der als  
Redner gegen denselben eingeschrieben war, abermals in das Chaos der  
unfruchtbarsten Allgemeintheil über Böhmen und seine Geschichte, über  
die Könige, welche die böhmische Krone verfertigen ließen, wieder hinein-  
griff und obendrein mit einer so ironischen Behaglichkeit und einer so  
rücksichtslosen Breite, als ob während der langen und stürmischen Sitzun-  
gen, die vorausgegangen waren, von dem Allem gar noch nicht gespro-  
chen worden wäre.

Im ganzen Hause verbreitete sich allmählig Unruhe, man fürchtete (da  
auch ein zweiter tschechischer Redner, Hr. Grünwald, eingeschrieben war),  
daß die allgemeine Diskussion wieder von vorn beginne. Der Ruf: „Für  
Sache!“ erhob sich wiederholten Malen von verschiedenen Bänken, ohne  
daß Hr. Dr. Brauner sich darum kümmerte. Von Zeit zu Zeit entspann sich  
ein Zwiegespräch zwischen dem Präsidenten und dem Redner, der den  
Redner fortwährend mahnte, bei der Sache zu bleiben. Als nun Hr. Dr.  
Brauner sich anschickte, auf die alte Streitfrage in Bezug auf Przemysl-  
Dittorf II. und Ruothof von Habsburg zurückzukommen, entspann sich  
folgende Scene:

Präsident: „Nachdem ich den Hrn. Redner bereits viermal verge-  
bens ermahnt, von der Sache sich nicht zu entfernen, entziehe ich ihm das  
Wort.“

Brauner: „Ich bitte, Hr. Präsident, dürfte der Hr. Minister davon  
sprechen, und zwar als Abgeordneter von Salzburg, ohne als Redner ein-  
getragen zu sein.“

Präsident: „Ich entzog Ihnen das Wort.“

Brauner: „Um so weniger werden Sie es doch einem Böhmen ver-  
weigern, das heilige.“

Präsident: „Ich bitte den Hrn. Abgeordneten, sich niederzusetzen  
und zu schweigen.“

Brauner: „Nun gut, ich verwehre mich vor den Böllern von ganz  
Oesterreich gegen diesen Zwang, gegen diese Dummheit.“

Rieger (ausrufend): „Wir treten dieser Verwahrung Alle bei.  
(Die Rechte erhebt sich.) Darf man uns.“

Präsident: „Den Hrn. Rieger, den Hrn. Redner und Alle, welche  
an dieser Scene Theil nehmen, rufe ich zur Ordnung.“

Rieger: „Das bin ich gewohnt.“

Präsident: „Ich glaube, ich habe Geduld genug bewiesen, indem  
ich den Hrn. Redner viermal zur Sache gerufen habe.“

Nach diesen Worten stürmt Hr. Rieger zum Saal hinaus; Brauner  
und die andern tschechischen Parteigenossen folgen ihm, auch die Abgeord-  
neten polnischer Zunge schließen sich an; nur Einzelne bleiben auf den  
Bänken rechts sitzen, aber auch diese werden von den Dienern abgelöst.  
Die ganze rechte Seite bleibt leer bis zu dem Sitz, welchen Graf Lam  
einnimmt; man sieht nach, ob Graf Lam auch sich fortbegebe, und ver-  
nimmt, daß er, der sonst bei keiner Sitzung fehlte — heute im Hause nicht  
erschieden ist!

In Beziehung auf diese Scene hat sich die irrige Ansicht  
verbreitet, als seien die tschechischen und polnischen Abgeord-  
neten aus dem Reichsrath ausgeschlossen. Dies ist keineswegs  
der Fall. In einer Klubbesitzung, die gestern Abends stattge-  
funden, wurde von ihnen berathen, ob sie gegen das Verfahren  
des Präsidenten protestiren oder eine Adresse an den Kaiser  
richten sollen, daß an die Stelle des Hrn. Dr. Hein ein an-  
derer Vorjüngender ernannt werde. Das Resultat der Beratung  
wird heute bekannt werden. — Die bekannte Adresse der  
hier versammelten Erzbischöfe und Bischöfe an den  
Kaiser ist dem Staatsminister zur Beantwortung übergeben  
worden, was einer Ablehnung ganz gleich kommt, meint die  
„Prag. M.-Post“.

**Wien, 27. Juli.** Die „Wien. Corr.“ befreit offizios  
eine Behauptung der „Schles. Ztg.“: „daß die Beziehungen  
zwischen den Kabinetten von Wien und Petersburg im  
diesem Augenblick faktisch so kalter und entfremdeter Natur  
sind, als sie es seit dem Krimmkriege nur jemals gewesen“,  
und setzt derselben folgende Andeutung entgegen: Wir zweifeln  
entschieden an der kalten und entfremdeten Natur der erwähnten  
Beziehungen; vielmehr scheinen uns dieselben auf einem  
Punkte angelangt, wo irgend ein hinzutretendes wichtiges Er-  
eignis ihnen erst eine bestimmtere Form verleihen kann. Diese  
Form dürfte aber weit eher eine „einigende“ als eine „tren-  
nende“ oder „entfremdende“ werden.

Dagegen werden in einer Petersburger Mittheilung der  
„Destr. Ztg.“ die Gerüchte sowohl von einem Allianzver-  
hältnisse zwischen Rußland und Desterreich, als von dem Rück-  
tritt des Fürsten Gortschakoff demontirt. Das genannte Blatt  
fügt bei:

Was die wiederholt aufgetauchte Behauptung von einem zwischen Ruß-  
land und Desterreich — nach einer andern Version zwischen Preußen,  
Rußland und Desterreich — abzuschließenden förmlichen Allianzvertrag  
betrifft, angeblich wegen der in Polen sich kundgebenden Bewegung und  
wegen Ungarns, so ersieht man schon daraus als absurd, weil die drei ge-  
nannten Mächte in Bezug auf Polen bereits durch die älteren, auf die  
Theilung Polens Bezug habenden Verträge zur Aufrechterhaltung der  
diesfälligen Verhältnisse ohnehin solidariß verbunden sind und daher

keines neuen Allianzvertrages bedürftigen. In Bezug auf Ungarn aber ist der politische Mißgriff von 1848 und 1849 noch zu frisch im Andenken und in seinen Folgen noch zu sehr fühlbar, um den österreichischen Staatsmännern zuzumuthen, denselben zum zweiten Male zu begehen.

**Wien, 27. Juli.** Die „B. Corr.“ berichtet über die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses, in welcher der größte Theil der Rechten (auch Brauner) wieder erschienen war:

Nach Verlesung des Protokolls erhielt Smolka das Wort zur Abwehr in Bezug auf die Vorgänge in der letzten Sitzung: Unsere Entsetzung war eine Verwahrung gegen die Art und Weise, in welcher dem Abg. Brauner das Wort entzogen wurde. Wir wünschen, daß dieselbe Sache künftighin in schonendster Weise behandelt werden. Klauđi schließt sich dem an. Die böhmischen Abgeordneten behielten sich vor, da ihnen gestern das Wort nicht vergönnt wurde, in anderer Weise die Angriffe auf die böhmische Krone und den böhmischen König zurückzuweisen. Etienne protestirt energisch dagegen, daß die böhmischen Abgeordneten der Rechten sich als die alleinigen Vertreter des böhmischen Volkes geriren. (Alle böhmischen Abgeordneten der Linken und des Zentrums erheben sich zum Zeichen der Zustimmung.) Graf Hartig tritt der Erklärung des Redneren bei. Präsident: Ich habe im Sinne und Geiste der Geschäftsordnung gehandelt und bebaure, daß der Abg. Smolka anderer Ansicht ist. — Minister v. Schmerling beantwortete hierauf eine die Einführung der italienischen als Unterrichtssprache betreffende Interpellation. Das Gymnasium von Capov'istria ist ganz italienisch; das von Triest ebenfalls so eingerichtet, widerspricht dem Bedürfnis des Landes, auch ist es vom österreichischen Standpunkte aus nicht wünschenswerth, daß die Studirenden nur auf die Universität Padua angewiesen sein sollen. Die Volksschule gibt allerdings Grund zur Klage, weil die slavische Sprache zu wenig berücksichtigt ist; es ist aber unmöglich, die Unterrichtssprache plötzlich und mit einem Mal zu wechseln. Reichbauer: Vor bereits vier Wochen habe ich eine Interpellation in der k. k. Reichsraths-Sitzung eingebracht, weil ich glaube, daß das Regierungssystem auch nach außen ein anderes werden muß. Es scheint mir der Würde des Hauses nicht angemessen, über eine Interpellation stillschweigend hinzugehen. Ich bitte den Hrn. Präsidenten, den Hrn. Minister um Beantwortung oder Angabe der Gründe zu ersuchen, warum er sie unbeantwortet läßt.

### Oesterreichische Monarchie.

**Agram, 27. Juli.** Landtags-Sitzung. Das Finanzministerium wünscht, die Verwaltung der kroatisch-slavonischen Häfen möge von Triest entfernt und in die Hände der eigenen Landesbehörde gelegt werden. Der Slovakenkongreß von St. Martin überfendete sein an die Regierung gerichtetes Memorandum mit der Bitte, der Landtag möge dasselbe kräftig unterstützen. Die kön. Proposition wegen Beschickung des Reichsraths gelangt nächsten Dienstag zur Verhandlung. Das Referat über Landesgebäude, Landesfonde und sonstige Fundationen wird gelesen und in Druck gelegt werden. Es soll vor Allem dahin gewirkt werden, den in Ungarn befindlichen Theil des Landesvermögens in eigene Verwaltung zu bekommen.

**Kronstadt, 24. Juli.** Das Neueste, was uns heute die Post überbrachte, ist die Nachricht, daß in Siebenbürgen in den nächsten Tagen die direkte Wahl für den Reichsrath nach Wien ausgeführt werden sollen.

### Italien.

**Turin, 25. Juli.** Ein Leitartikel der heutigen „Opinione“ unter dem Titel „Innere Zustände“ sagt:

Der Parteigeist, uneingedenk der steigenden Politik der Kammer, welche die größte Stütze des Ministeriums ist, waffnet zum hartnäckigen Kampfe, unbekümmert um die höchst bedenkliche Lage einiger Provinzen, welche die Eintracht so nöthig hätten. Es wird nicht in Abrede gestellt, daß im Ministerium große Fehler begangen, daß Neapel schlecht regiert und verwaltet wurde; es ist jedoch nicht bewiesen, daß andere Minister dem Uebel geküret hätten. Es handelt sich vor Allem darum, Ordnung, öffentliche Sicherheit, Achtung vor den Gesetzen herzustellen, dabei auf Eventualitäten äußerer Komplikationen und auf Vollendung des Nationalprogramms ein Auge zu halten. Die neapolitanischen Zustände sind dem Gesamtwaterlande schädlich und könnten die Quelle der Schwächung werden, wenn die Ordnung nicht schnell hergestellt würde. Mit Giardinis Mission sollte jeder Italiener einverstanden sein, während eine Partei, sich über Neapels Zustände freudig, eine Oppositionswaffe daraus schmiedet, eine andere Partei hingegen nur unzeitige Vorwürfe macht. Die großen Ideen der Ordnung, Freiheit, Unabhängigkeit sind nur ein Verwand der Zwifligkeiten und Quelle der Parteikämpfe geworden. Dem Volke bleibt in dieser Zerworfenheit aller liberalen Parteien nur die Hoffnung auf seinen König Victor Emanuel, der nichts dulden wird, was gegen das Nationalinteresse ist.

**Turin, 27. Juli.** (Sch. M.) General Fleury ist nach Paris zurückgekehrt. Das Anlehen wurde ganz zu 70 1/2 Proz. ausgegeben.

**Turin, 28. Juli.** (A. Z.) Holland erkennt das Königreich Italien an. Aus den Marken und Umbrien kommen entnuthigende Nachrichten. Von 4000 Konfribirten haben sich bloß 1200 gestellt, der Rest flüchtet in die Berge und auf päpstliches Gebiet, um die Bourbonnischen Reiben zu verstärken. Die päpstlichen Grenzbezirke sind von piemontesischen Truppen umstellt.

**Genoa, 28. Juli.** (A. Z.) Die Kämpfe im Neapolitanischen dauern fort. Die Legitimisten plünderten die Gemeinden Taverna und Ripalla, und verschlangen sich in Montefalcone, wo sie einen Angriff erwarteten. Chiavone hat Roccaforte angegriffen. Die Regierung gab Giardinis die telegraphische Weisung, jede Ernennung und Entlassung zu suspendiren; sie ermächtigt ihn, Freiwillige aus dem Neapolitanischen, aber nicht aus dem übrigen Italien zu werben; Jene zu schonen, die sich freiwillig ergeben; Denen, die keine Verbrechen begangen, Nachsicht andeichen zu lassen; die Uebrigen aber, die mit den Waffen in der Hand ergriffen werden, mit aller Strenge zu behandeln.

**Mailand, 27. Juli.** Die heutige „Perseveranza“ läßt sich aus Turin melden: Giardinis berichtet, den Faden der Bourbonnischen Verschwörung entdeckt zu haben. Namen der hohen Aristokratie und hohen Geistlichkeit sind mit

den Führern der Reaktion verflochten. König V. Emanuel wird nach Besichtigung der Ausstellung von Florenz einige Zeit in Neapel residiren. Der „Lombardo“ meldet nach Turiner Briefen, daß Minghetti, sobald das Anlehen abgeschlossen ist, das Portefeuille des Innern an Ratazzi abtreten werde. Das neue Ministerium soll aus Lamarmora für Krieg, Cordova für Finanzen, Pepoli für Ackerbau und Handel, und vielleicht auch Depretis bestehen. Hierzu macht „Lombardo“ die Bemerkung, daß diese unverbürgten Gerüchte einer Ministerkrise in Mailand einen sehr ungünstigen Eindruck machen. Der Name Ratazzi klingt äußerst unpöplisch in den lombardischen Provinzen.

**Neapel, 18. Juli.** Man schreibt der „Allg. Ztg.“: Die langen Verwundetentransporte, welche im Lauf der letzten drei oder vier Tage aus der Gegend von Avellino hier anlangen, liefern einen Beweis für die Erbitterung, mit der in der vorigen Woche dort gekämpft wurde. Auffallend ist es, daß von Pinelli's Thaten in der Terra di Lavoro gar nichts mehr verläuft. Er soll verwundet sein. Gegen Chiafone, mit dem er dachte schnell fertig zu werden, hat er entschieden noch nichts ausgerichtet. Dieser fährt nach den letzten Berichten in der Gegend von Sora sein Geschäft mit gutem Erfolg fort.

**Neapel, 26. Juli.** Bei Esernia soll zur Grenzüberwachung ein verhängtes Lager errichtet werden. Die Aufständischen entwaffneten vorsehern die Nationalgarde von Nazardi Chiajano in Neapels Umgebung. In Aversa wurde der Bruder des Generals Bosco verhaftet.

**Neapel.** Man meldet über Turin: Die Truppen des Generals Pinelli halten die Pässe des Matesgebirgs besetzt. Die stärkste der royalistischen Banden hatte dort ihr Hauptquartier aufgeschlagen. Die Städte Vojuno, Piedimonte d'Alife und Bengaro sind von den Piemontesen gegen den drohenden Angriff der Insurgenten sichergestellt, und diese selbst sind eingeschlossen, daß sie kaum dem Kampfe oder dem Hunger entgehen können. In Calabria dauern die Unruhen noch fort, da die Truppen noch nicht in hinlänglicher Stärke auf dem Plage sind. Doch ist es den Insurgenten bis jetzt noch nicht gelungen, sich in größeren Scharen zu vereinigen. In Nola, etwa 20 Kilometer von Neapel, haben etwa 30 bewaffnete Individuen, die, von den Truppen verfolgt, sich in die Stadt warfen, Anfangs großen Schrecken unter der Einwohnerchaft erregt. Die Stadt ist jedoch von den Truppen eingeschlossen und die Bande kann keinen längern Widerstand mehr leisten.

### Frankreich.

**Paris, 26. Juli.** Der „Moniteur“ veröffentlicht heute die definitiven Resultate der Subscription auf die Staatsanleihen-Obligationen. Von 89,767 Subskribenten wurden 4,695,413 Stücke und darunter 146,879 einzelne Obligationen unterzeichnet. Für die Subskribenten über 35 Stück entfällt 2,79 Proz. der Unterzeichnung. — An der ziemlich geschäftlosen Börse befaßte man sich fast ausschließlich mit dem Ergebnis der italienischen Anleihe. Offiziell ist bis zur Stunde nichts darüber bekannt; nach Privatdepesche erfolgt die Emission zu 70,50 Proz. und würden die Subskribenten etwa 42 Proz. ihrer Beistellung erhalten. Die Theilnahme der Bankiers verschiedener Länder wird auf 892 Millionen angegeben. Diese starke Beistellung fällt um so mehr auf, als die Nachrichten aus Süditalien keineswegs günstig für baldige Herstellung der Ruhe lauten. Die Bourbonnische Verschwörung, welche jüngst in Neapel entdeckt wurde, scheint weit verzweigter und bedeutender zu sein, als man nach der telegraphischen Depesche über Turin annehmen konnte. Unter den zahlreichen Verhafteten aus allen Klassen der Bevölkerung befindet sich auch der Kardinal-Erzbischof von Neapel, Mgr. Riario Sforza, sowie viele Nationalgardien. — Wie man versichert, steht der Besuch des Königs von Schweden am Fuß. Hoffe schon demnächst bevor. — Aus Toulon wird gemeldet, daß die „Amazone“ nach Cayenne abging, wohin sie seit Aufhebung der Bagnos den 32. Transport von Sträflingen bringt. Im Bagno von Toulon befinden sich gegenwärtig noch 2750 Individuen, und ihre Zahl nimmt täglich zu, „denn“ — sagt der „Toulonnais“ — wenn man auch 1000 per Jahr deportirt, so bringen deren die Zellenwagen (voitures cellulaires) 1100 und 1200.“ — Hr. Perrutti, Mitglied des italienischen Parlaments, befindet sich im Auftrag der Regierung seit einiger Zeit hier, um den Geschäftsgang in den Ministerien kennen zu lernen. — Der Seepfäst von Toulon, Admiral Bouet-Willamez, ist in Paris angekommen.

### Niederlande.

**Haag, 24. Juli.** (Köln. Ztg.) Nach heftigem parlamentarischen Kampfe, der nicht weniger als 23 Tage dauerte, hat die Zweite Kammer das neue Milizgesetz mit 39 gegen 23 Stimmen angenommen. Die Stärke der Miliz ist auf 55,000 Mann geblieben, die Verschmelzung der Miliz mit dem stehenden Heere aber bewilligt, obgleich diese Bestimmung der Verfassung zuwiderläuft. Ebenso wurden die Gesetze über Ablösung des Stader Zolles und Einlösung von 3 Mill. Gulden Staatschulden angenommen. Endlich wurde der Plan zur Abschreibung der Schatzscheine, die eine fiktive Schuld bilden, in Berücksichtigung des gegenwärtig so blühenden Zustandes unserer Finanzen von der Kammer gutgeheißen.

### Großbritannien.

**London, 26. Juli.** In dem Unterhause antwortete Lord Palmerston Hrn. Burton und drückte sein Bedauern darüber aus, daß der Vertrag wegen Unterdrückung des Sklavenhandels in Cuba verlegt worden sei. Spanien habe sich legitime bereit gezeigt, den Vertrag besser einzuhalten.

**London, 27. Juli.** Die Minister begaben sich vorgestern beinahe sämtlich nach Osborne, wo die Königin einem Geheimrath präsidirte. Sir Robert Peel legte als neues Mitglied desselben den vorgeschriebenen Amseid ab; Sir G. Lewis überreichte die Siegel des Ministeriums des

Innern, um die des Kriegsministeriums aus den Händen der Königin zu empfangen; Sir George Grey und Hr. Cardwell hatten ähnliche Zeremonien durchzumachen. Dem „Globe“ zufolge wird Carl de Grey auch unter Sir G. Lewis Unterstaatssekretär im Kriegsministerium, und Hr. T. G. Baring Unterstaatssekretär im indischen Amt sein. Dasselbe Blatt bestätigt die Mittheilung von der Ernennung Layards zum Unterstaatssekretär des Auswärtigen, und fügt die Bemerkung hinzu, daß damit die Veränderungen im Ministerium vorerst abgeschlossen seien.

### Montenegro.

**Cattaro, 26. Juli.** Eine vorgeschlagene Konferenz in Zabljak zwischen Dmer Pascha und dem Fürsten von Montenegro ist nicht zu Stande gekommen. Fürst Nikolaus liegt in Dobossi krank. Dmer Pascha ist heute nach Mostar zurückgekehrt.

### Amerika.

**Neu-York, 16. Juli.** General McClellan meldet offiziell an das Kriegsministerium, daß General Pogram sich mit 600 Truppen der Konföderation bei Beverley ergeben hat, und daß eine Abtheilung Konföderirter durch General Morris bei St. George geschlagen wurde und verfolgt wird. Ihr Kommandirender, General Barnett, war gefallen. Die Bundestruppen büßten 13 Tode ein; der Verlust der Konföderirten an Todten soll 200 Mann betragen. Es wurden 7 Kanonen erbeutet und 1000 Mann gefangen genommen. General McClellan schließt seine Depesche mit folgenden Worten: „Wir haben einen vollständigen Sieg errungen, und ich glaube fest, daß die Seccession im westlichen Virginien todt gemacht ist.“ Dem Korrespondenten des „Neu-York-Herald“ in Washington zufolge hatte Lord Lyons vom brittischen Konful in Charlestown Dokumente über verschiedene Verlegungen der Chesapeake Blockade durch Private im Einverständnis mit der Bundesregierung erhalten. — Im Repräsentantenhause ist eine Resolution durchgegangen, daß, wofern der Senat einwilligt, die Vertagung des Kongresses auf den 19. Juli anberaumt werde. Eine andere Resolution befaßt Einberufung einer Nationalkonvention zur Wiederherstellung des Friedens ist mit 92 gegen 51 Stimmen verworfen worden. — Aus Havannah sind Berichte vom 10. d. zur Hand. Der Kaper „Junter“ hatte 8 amerikanische, mit Jucker geladene Schiffe an der Südspitze Cuba's aufgebracht. Eines wurde verbrannt, der Rest aber nach Cienfuegos gebracht. Nach den Einen hat der Generalkapitän von Cuba diese Prisen freigelassen, nach Andern hielt er sie fest, um vorher Weisungen von Madrid abzuwarten.

**Neu-York, 17. Juli, Mittags.** Die Stärke des durch General McClellan kommandirten Bundesheeres wird auf 55,000 Mann angegeben. Am 16. war er von Arlington in der Richtung gegen Fairfax-Court-house vorgerückt. Im Kongreß wurden 3 Mill. Doll. befaßt einer zeitweiligen Verstärkung der Kriegsstärke zur wirksamern Unterdrückung des Kaperverwesens vorirt. Mr. Sumner hat (wie schon erwähnt) eine Petition zu Gunsten der Abschaffung der Sklaverei eingebracht, in welcher der Vorschlag gemacht wird, die Sklavensbesitzer aus dem Staatschatz zu entschädigen. Während der sich hierüber entspinnden Diskussion verteidigte Mr. Sumner die bisherige Politik des Präsidenten. Wogegen Mr. Breckenridge mehrere der Maßregeln desselben, zumal die Suspension der Habeas-Corpus-Akte, als verfassungswidrig streng verdammt. Das Land, sagte er, werde vom Konstitutionalismus gewaltam einem Militärdespotismus in die Arme geschleudert, und doch seien die Leidenschaften so gewaltig erregt, daß dieser Uebergang als ein natürlicher und gerechtfertigter angesehen werde. Er kam auf den abgelehnten Kompromiß von Crittenden zu sprechen und will, daß das Land es sich klar mache, daß der Kongreß nach reiflicher Ueberlegung das letzte Mittel zur Abwendung eines furchterlichen Kriegs von sich gewiesen habe.

### Vermischte Nachrichten.

**Karlsruhe, 29. Juli.** Die Mittheilungen des landw. Vereins Karlsruhe“ bringen in ihren Nummern 28 und 29 ein vollständiges Programm über eine vom 7. bis 10. Sept. hier abzuhaltende Geselligkeitsausstellung und Produktionsausstellung des landw. Centralgartens. Mit der Geselligkeitsausstellung soll eine Preisvertheilung, eine Verlosung, ein Markt von Gesüßeln verbunden werden und wird der badische Verein für Gesüßelzucht seine erste Generalversammlung halten. Durch die Art der Anordnungen erhält das Vorhaben das Ansehen eines landw. Festes. Es sind bereits Festkommissionen zur Leitung bestimmt, welche insbesondere den hieher kommenden Fremden bei sämtlichen Ausstellungen, namentlich auch dem landw. Theil der bad. Industrieausstellung, als Führer sich widmen wollen.

**Weinheim, 26. Juli.** (Mannh. Z.) Heute Mittag wurde unser leiblicher Bürgermeister, Hr. Friedrich Weisbrodt, dessen Dienstzeit abgelauten war, mit großer Stimmenmehrheit (64 gegen 14) wieder zum Bürgermeister der Stadt erwählt. Es ist dies die dritte Periode, und die Wiedererwählung ein Beweis der Werthschätzung, die er sich in der Stadtgemeinde bisher erworben hat.

**Herbolzheim, 25. Juli.** (Zrbgr. Ztg.) Bei dem hiesigen sehr thätigen Gärtner Johann Schmid sind schon reife, blaue, reißt süße Trauben zu sehen.

**Wiesbaden, 25. Juli.** Die „Mittelh. Ztg.“, welcher wir unsere Nachricht von der Pensionirung des Generals Hergenhan und der sich daran anschließenden Beförderung entnommen hatten, bezieht sich dieselbe jetzt als eine verflücht.

**Oldenburg, 23. Juli.** Am Jahdebusen sind jetzt außer 1400 Arbeitern 7 Dampfmaschinen in Thätigkeit.

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

W.157. Karlsruhe. Auswärtige Freunde und Bekannte...  
Karlsruhe, den 29. Juli 1861.  
Wilhelm Trefurt,  
Domänenrath.

W.188. Ettlingen. Ich gebe Bericht, daß mein Bruder Franz Lege...  
Ettlingen, den 27. Juli 1861.  
Lege,  
Amtsregistrator.

W.189. Ulm bei Lichtenau. Heute Nachmittag 2 Uhr entschlief im Herrn unsere gute Schwägerin, Tante und Großtante, Maria Anna Götger...  
Ulm bei Lichtenau, den 27. Juli 1861.  
Die Hinterbliebenen.

W.218. Alsen und Karlsruhe. Den vielen Freunden, Bekannten und Verwandten...  
Alsen, Württemberg, den 24. Juli 1861.  
Im Namen der Hinterbliebenen:  
Die Tochter  
Louise Luz, geborne Bachmaier.  
Der Schwiegersohn  
Herrmann Luz, Kaufmann.

W.55. Karlsruhe. Bekanntmachung.  
Am 1. August d. J. an...  
Karlsruhe, den 24. Juli 1861.  
Direktion der groß. Verkehrs-Anstalten.  
S. B. D. D.:  
Berlin.

W.158. In der Fr. Wagner'schen Buchhandlung in Freiburg...  
Fried, Professor Dr. J., Anfangsgründe der Naturlehre...  
Preis 27 Ngr. oder 1 fl. 30 kr.

W.217. In Erklärung der Volkszeitung für Süddeutschland...  
Moritz Müller.

W.27. Karlsruhe. Lehrlingsgesuch.  
In ein hiesiges Kolonialwaaren, Cigarren- und Agentur-Geschäft wird ein mit den nöthigen Vorkenntnissen versehen junger Mann...  
bei der Expedition dieses Blattes.

W.156. Bei J. M. Flammer (W. Behrens) in Pforzheim erschienen so eben und sind in der S. Braun'schen Hofbuchhandlung in Karlsruhe zu haben:  
Dorfgeschichten aus dem badischen Unterland.  
Von J. G. Molitor.  
16mo. 14 Bogen. geb. Preis 1 fl. 18 kr.  
Inhalt. Josef und Rose. Radsch, der Freischärler. Des Kindes Lügeln. Stoffe zum ersten Mal in der Stadt. Die Walpurgisnacht. Die Saubrenner.  
Aus der Jugendzeit. Freud und Leid.  
Geschichte von Otto Steiman.  
16mo. 9 Bogen. geb. Preis 54 kr.

W.178. Bad Antogast. Anzeige und Empfehlung.  
Wie man sich schon vielfach versichert, ist das Gerücht verbreitet worden, mein Etablissement sei von Fremden demüthigt...  
Antogast, im Juli 1861.  
Georg Huber, Badinhaber.

Hôtel de la Vignette. Gasthof zum Nebstock, formant l'angle de la grand' rue et de la rue des tanneurs à Strasbourg.  
U.402. Dieses, seit einer Reihe von Jahren unter der Führung des Herrn J. S. Schroth sehr vortheilhaft bekannte Hotel hat Herr G. J. Heidt seit dem 1. Juli v. J. übernommen...  
Georg Huber, Badinhaber.

W.883. Mädchen-Pensionat Ostermann in Straßburg.  
3 rue de l'écarlate 3.  
Außer der französischen und deutschen Sprache und Literatur werden alle Realien, auf Verlangen auch Englisch und Italienisch, Musik und Malerei in der Anstalt gelehrt...  
G. Ostermann.

W.147. Mannheim. Beste Qualität. Holländer und Champagner Mühlensteine...  
Rabus & Stoll in Mannheim.  
Lit. L. 2. No. 11.

W.144. Frankfurt a. M. und Mannheim. General-Consulat der Vereinigten Staaten von Amerika.  
Frankfurt a. M., 23. Juli 1861.  
Während der Dauer der Wirren in Amerika übernimmt der Unterzeichnete...  
Sam. Nicker.  
Für das Großherzogthum Baden übernimmt die Vermittlung der Consular-Agent  
Louis Stoll. Mannheim.

W.152. Union Maritime. Victor Marzion & Co in Havre.  
Einzige direkte Dampfschiffahrt unter neutraler Flagge  
Havre & New-York.  
Diese neue Linie, welche den alleinigen direkten Dienst unter neutraler Flagge zwischen Havre & New-York herstellt...  
Congres,  
Capitaine Lunning, 2018 Tonnen, 900 Pferdekraft.

Karl Sund in Achern & Rehl im Gasthaus zum Adler...  
Ludwig Brombacher in Karlsruhe, Dominik Doppel in Hadolzhell, C. Gräber in Heidelberg, C. Hänsler in Wang bei Ettlingen, Julius Heinsheimer in Eppingen, C. F. Hofeinz in Buechial, Heinrich Job in Aglasterhausen, Zentral-Expeditions-Bureau Walther, Reinhardt & Müller in Mannheim.

T.518. Dffenburg. Warnung.

Ich habe schon öfters die Wahrnehmung gemacht, daß, um geringere Mineralöle, wie Torföl, Photogene, Boghead, Asphalt und Solaröl oder auch Mischungen dieser Oele, sicherer beim Publikum abzusetzen, solche Produkte von meinen Concurrenten, sowohl in öffentlichen Blättern, als auch brieflich an Abnehmer, als „echt französisches Schieferöl“ zum Kaufe angetragen werden...  
Dffenburg i. B.

Ferd. Sözl in jun. Verkaufsanzeige.  
In Pforzheim sind ein Paar sehr freie, hellbraune Bagempferde, Medemburger Race, 17 Faust hoch, äußerlich fromm und gut eingetragene, Wallachen ohne Abzeichen, 6 und 7 Jahre alt, zu verkaufen...  
Dffenburg i. B.

W.76. Raßatt. Pferd-Verkauf.  
Ein älteres Reitpferd - Schimmel - 18 Faust hoch, schöner Figur - bei der Truppe und im Feuer vollkommen vertraut - auch für den Zug verwendbar...  
Raßatt, nächst dem Gasthause zum Rindbock Nr. 151.

W.88. Kauf- oder Pachtgesuch.  
Es wird eine frequente Apotheke, am liebsten in einem Amtshauptmannsdorf, zu kaufen oder zu pachten gesucht...  
Hamburgr Staats-Ge-  
winn-Verloosung,  
Ziehung 4. September,  
17,300 Gewinn zum Gesammtbetrage von 2 Millionen Mark,  
eingetheilt in Treffer von 80,000 Thlr., 40,000 Thlr., 20,000 Thlr., 12,000 Thlr. u. v. a.,  
sind beim Unterzeichneten  
ganze Originallosse à 2 Thaler,  
halbe do. à 1  
viertel do. à 1/2  
zu beziehen. Aufträge werden prompt und diskret effectuirt. Pläne und Ziehungslisten erfolgen gratis, und werden die Gewinne in allen Städten sofort in klingender Münze ausbezahlt.

Salomon Simon, Effektenhandlung u. Bankhaus, Hamburg.

W.180. Nr. 8873. Raßatt. (Diebstahl und Fahndung.) Am Donnerstag den 25. d. M. einem hiesigen Arbeiter, wurde dem Müllermeister Joseph Jäger von Hiesheim ein Bernerwägelchen sammt Pferd, die er angelehrt vor dem Badwirthshause dahier stehen hatte, in der Zeit von Abends 6 1/2 bis 7 Uhr entwendet...  
W.179. Nr. 2838. Oberkirch. (Diebstahl und Fahndung.) Aus einem in diesseitigen Gerichtsbezirk gelegenen Gasthause wurde am Donnerstag den 25. d. Mts. nachbeschrriebene goldene Uhr nebst Kette, deren Werth von der Eigentümerin auf 160 fl. angeschlagen wird, entwendet...  
Oberkirch, den 27. Juli 1861.  
Großh. bad. Amtsgericht.  
B o h m.